

Die Entstehung des „schlechtesten Deals aller Zeiten“

Eine Analyse des Iran Atomabkommens anhand struktureller Kraft

Von
Henri Schäfer



Abstract

Dieses Paper untersucht die Entstehungs- und Verhandlungsgeschichte des *Joint Comprehensive Plan of Action* (JCPOA). Zur Analyse des Iranabkommens wird der Ansatz der strukturellen Kraft von Dr. Andrej Pustovitovskij, inspiriert von Susan Stranges Konzept der strukturellen Macht, herangezogen. Strukturelle Kraft wirkt sich auf die Hebelwirkung herkömmlicher Machtressourcen eines Akteurs aus, sodass sie einen Analyserahmen zur Gegenüberstellung der Bedürfnisse und Güter der USA und Irans bietet. Diese konstituieren eine Struktur, die entscheidend für den Verlauf und den Ausgang der Verhandlungen war. Dabei wird die Hypothese verifiziert, dass ein von der Obama-Administration artikuliertes Bedürfnis nach einer diplomatischen Lösung des Konflikts die strukturelle Position der USA signifikant geschwächt hat. Diese geschwächte strukturelle Position eröffnete Iran ein entscheidendes Handlungsfenster, um zentrale Präferenzen am Verhandlungstisch durchzusetzen. Hierzu zählt insbesondere das *nuclear hedging* Irans, welches im Laufe der Verhandlungen durch die USA implizit anerkannt wurde.

Schlagwörter: strukturelle Kraft, Iran, USA, Iranabkommen, Macht, JCPOA

This paper is analyzing the development and negotiations toward the *Joint Comprehensive Plan of Action* (JCPOA). The analysis of the Iran Nuclear Deal is based on the approach of structural force by Dr. Andrej Pustovitovskij inspired by Susan Strange's concept of structural power. Structural force affects conventional power resources' leverage, so that it provides a framework for analysis to juxtapose the needs and goods of the USA as well as those of Iran. These components constitute a structure, that heavily influenced the development and the outcome of JCPOA negotiations. The hypothesis will be verified that the need for a peaceful solution of the conflict, especially articulated by the Obama administration, weakened the structural position of the USA. This weakened position opened a decisive window of opportunity for Iran to assert key preferences at the negotiation table. One particular interest was *nuclear hedging*, which was implicitly recognized by the USA during the negotiations.

Keywords: structural force, Iran, USA, Iran Nuclear Deal, power, JCPOA

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	IV
1. Einleitung	1
2. Erklärung der Theorie der strukturellen Kraft	1
3. Bedürfnisse und Güter der USA	4
4. Bedürfnisse und Güter Irans	6
5. Der JCPOA als Resultat der Struktur und ihrer Manipulation	8
6. Fazit	11
Literatur	13

In dieser Arbeit wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet. Weibliche und anderweitige Geschlechteridentitäten werden dabei ausdrücklich mitgemeint, soweit es für die Aussage erforderlich ist.

Abkürzungsverzeichnis

IAEO	Internationale Atomenergie-Organisation
IB	Internationale Beziehungen
JCPOA	Joint Comprehensive Plan of Action, auch: Iran nuclear deal I
OO	Outside Option
P5+1	Die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und Deutschland
PMD	Possible military dimensions
UN	United Nations

1. Einleitung

Als am 14. Juli 2015 nach Jahren der Verhandlungen zwischen den P5+1, den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats und Deutschland sowie Iran der *Joint Comprehensive Plan of Action* (JCPOA), besser bekannt als *Iran nuclear deal*, in Kraft trat, stellte dies einen bedeutenden Moment in der internationalen Politik dar¹. Selten zuvor wurde eine Krise, die die Sicherheitsinteressen mehrerer Staaten akut betraf, auf rein diplomatischem Wege überwunden. Umso größer war die Enttäuschung als US-Präsident Donald Trump am 8. Mai 2018 den einseitigen Rückzug der USA aus dem JCPOA verkündete. Für viele war es darüber hinaus unverständlich, wieso es zu diesem Rückzug kam. So kommentierte Wendy Sherman: „Trump’s policies often seem to follow little logic other than to do the opposite of what Obama did [...]“, (Sherman 2018, S. 196). Sie war als Under Secretary of State for Political Affairs in der Obama-Administration maßgeblich an den Verhandlungen rund um den JCPOA beteiligt.

Um nachvollziehen zu können, wieso es tatsächlich zu diesem Rückzug seitens der USA gekommen ist, muss zunächst das Zustandekommen des JCPOA analysiert werden. Dazu wird mit Hilfe des Ansatzes der strukturellen Kraft die Frage beantwortet, auf welche Weise das Zusammenspiel der Bedürfnisse und Güter der beiden Akteure USA und Iran zum JCPOA geführt hat. Ein Augenmerk liegt auf der Hypothese, dass ein von Washington artikuliertes Bedürfnis nach einer diplomatischen Lösung des Konflikts rund um das iranische Atomprogramm eine entscheidende Rolle bei den Verhandlungen gespielt hat.

Eingangs wird der Ansatz der strukturellen Kraft nach Andrej Pustovitovskij erläutert, bevor dann auf die Güter und Bedürfnisse des Akteurs USA und anschließend auf die Güter und Bedürfnisse des Akteurs Iran eingegangen wird. Dies stellt die Grundlage für die Analyse der Struktur dar, die letztlich zum JCPOA geführt hat. Abschließend wird in einem Fazit die Hypothese verifiziert bzw. falsifiziert und Impulse für weitere Untersuchungen der Thematik gegeben.

Die Bedürfnisse und Güter anderer Akteure, außer USA und Iran, werden nur einen kleinen Teil der Analyse ausmachen.

2. Erklärung der Theorie der strukturellen Kraft

Die Grundlage des Ansatzes der strukturellen Kraft bildet das Konzept der Macht, dabei kann Macht Max Weber zufolge als „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“ (Weber 1972, S. 28), verstanden werden.

Innerhalb der verschiedenen Theorieschulen der Internationalen Beziehungen (IB) gibt es eine Vielzahl verschiedener Annahmen darüber, worin die Macht eines internationalen Akteurs, so z.B. eines Staates, begründet liegt. Realistische Theorien verorten dabei die Macht eines Akteurs in erster Linie in den *hard power* Ressourcen, die ihm zur Verfügung stehen. Dies kann beispielsweise die Stärke des ihm zur Verfügung stehenden Militärs sein (vgl. Waltz 2010, S. 131). Liberale und konstruktivistische Schulen lenken den Fokus demgegen-

1 Für Darstellung der Inhalte des JCPOA siehe: Da Vinha, 2019 S. 293

über stärker auf die Umwelt, in der sich die Akteure befinden. Das Augenmerk wird in diesen Theorien somit auf die Relationen der Akteure zueinander gelegt. Macht entspringt hier aus der Anziehungskraft, sogenannter *soft power*, die ein Akteur entfalten kann (vgl. Gu 2018, S. 266).

Sowohl *hard* als auch *soft power*-Konzepte sehen sich mit der Problematik konfrontiert, dass es immer häufiger zu einer „Entkopplung der internationalen Durchsetzungsfähigkeit der Staaten von den für sie verfügbaren Machtkapazitäten kommt“ (ebd., S. 260). Dies begründet sich in erster Linie durch die globalisierungsbedingte Interdependenz und die daraus resultierende Verletzbarkeit der Staaten zueinander (vgl. ebd., S. 266).

An diesem Punkt setzt das Konzept der strukturellen Macht an, deren führende Theoretikerin Susanne Strange ist. Die Grundlage dieser Theorie bildet die Annahme, dass die Interdependenz der einzelnen Akteure eine Struktur bildet, in die die Akteure eingebettet sind (vgl. Pustovitovskij 2016, S. 45). Die Struktur kann dabei von den einzelnen Akteuren beeinflusst werden, daher verfügt derjenige Akteur über die meiste Macht, der am ehesten in der Lage ist, die Struktur zu seinen Gunsten zu manipulieren (vgl. ebd., S. 29). Dementsprechend sei „power of structures“ bedeutender als „power of resources“ (Strange 1988, S. 25). Strange definiert hierbei vier Grundstrukturen aus denen Macht für einen Akteur hervorgehen kann und die von einem Akteur beeinflusst werden können: Sicherheit, Finanzen, Produktion, Wissen (vgl. Gu 2018, S. 92).

Stranges Theorie sind jedoch einige Probleme inhärent, so bleibt zum einen offen, wie die genannten Strukturformen voneinander getrennt werden sollen und ob sie „Veränderungen in ihrer Relevanz unterworfen seien“ (Pustovitovskij 2016, S. 31). Zum anderen verortet sie die Fähigkeit die Struktur zu beeinflussen in konventionellen Machtressourcen, was ihr Konzept tautologisch macht. Dominante Machtressourcen sind folglich ohnehin dominant, ob sie nun die Struktur bestimmen oder nicht (vgl. Gu 2012, S. 264).

Der Ansatz der strukturellen Kraft versteht sich nun als eine Weiterentwicklung und Zusammenführung der oben geschilderten Theorien. So wird zum einen eine „Synthese der unterschiedlichen Facetten der Macht“ (vgl. Pustovitovskij 2016, S. 50), namentlich die Macht der Ressourcen, die Macht der Relationen sowie die Macht der Strukturen, angestrebt. Zum anderen soll ein Werkzeug geliefert werden, das in der Lage ist, die Macht eines Akteurs adäquat zu erfassen (vgl. ebd., S. 51). Grundlegend geht das Konzept der strukturellen Kraft von der Annahme aus, dass sich die Akteure der IB durch eine tiefe Interdependenz zueinander auszeichnen. Eine unilaterale Bedürfnisbefriedigung ist daher ausgeschlossen, weswegen sie versuchen ihre Bedürfnisse in fortlaufenden Verhandlungen gegenseitig zu befriedigen (vgl. ebd., S. 56). Hierbei ist die Unterscheidung zwischen Gütern und Bedürfnissen für das Konzept zentral.

Unter Gütern wird alles verstanden, was die Bedürfnisse eines Akteurs befriedigen kann. Dabei wird zwischen materiellen, positionellen und ideellen Gütern differenziert (vgl. ebd., S. 58). Als materielle Güter werden klassische *hard power* Ressourcen bezeichnet, beispielsweise die Stärke der Armee eines Staates. Unter positionellen Gütern versteht man entweder eine günstige geographische Lage und/oder die Mitgliedschaft in einer supranationalen Organisation, z.B. des UN-Sicherheitsrates. Den am schwierigsten zu fassenden Gütertyp stellen die ideellen Güter dar. Bei ihnen handelt es sich oftmals um normative Wertvorstellungen, z.B. die Einhaltung der Menschenrechte in einem Entwicklungsland, die in einer Verhandlungssi-

tuation als Gut angeboten werden können. Ideelle Güter sind daher virtueller Natur, weil sie, ohne dass ein Bedürfnis nach ihnen artikuliert wird, nicht existent sind (vgl. Pustovitovskij 2016, S. 58-60). Der Wert eines Gutes bestimmt sich anhand von dessen Verfügbarkeit. Je exklusiver ein Gut ist, desto höher ist sein Wert (vgl. ebd., S. 62). Die Gesamtheit aller Güter, die ein Akteur anbieten kann, wird als *Basket* (Güterkorb) bezeichnet (ebd., S. 61).

Unter dem Begriff Bedürfnisse versteht man die Ziele eines Akteurs, die er nicht mit eigenen Mitteln erreichen kann und dies nach außen hin für andere Akteure kenntlich macht (vgl. ebd., S. 63). Die Bedürfnisse eines Akteurs unterscheiden sich in ihrer Relevanz und Dringlichkeit. Ein Bedürfnis ist dann besonders relevant für einen Akteur, wenn viele für ihn wichtige Interessengruppen es artikulieren. Die Dringlichkeit ist abhängig von der Zeit, die einem Akteur zur Befriedigung eines Bedürfnisses zur Verfügung steht und der „Diskrepanz zwischen dem Ausmaß, in dem ein Akteur ein Bedürfnis bereits befriedigt hat, und dem theoretisch maximal möglichen Ausmaß“ (ebd., S. 64). Ein Gut, das sowohl besonders exklusiv als auch besonders relevant und dringend für einen Akteur ist, ist besonders wertvoll und wird daher als *rare*s Gut bezeichnet (vgl. ebd., S. 65).

Ein weiteres zentrales Element des Ansatzes, ist das Konzept der *Outside Options* (OOs). In einer Verhandlungssituation zwischen einem Akteur A und einem Akteur B kann Akteur A seine Position gegenüber Akteur B deutlich stärken, wenn er für das von Akteur B angebotene Gut eine *Outside Option* in Form eines Akteurs C vorweisen kann. Entscheidend dabei ist, dass das von Akteur C angebotene Gut vergleichbar oder besser ist als das von Akteur B angebotene Gut (vgl. ebd., S. 67). Im Sinne des Konzepts steigt Akteur As strukturelle Kraft jetzt allein dadurch, dass er OOs vorweisen kann. In der Folge wird Akteur B zu einem *Policy Adjustment* gezwungen, wenn er auch weiterhin will, dass Akteur A auf die von ihm angebotenen Güter zurückgreift (vgl. ebd., S. 73).

Die wichtigste Prämisse der strukturellen Kraft ist, dass sich die Akteure in einer Struktur befinden, die sie zwar nicht verlassen, aber zu ihren Gunsten beeinflussen können. Dabei ist die Struktur stets fallbezogen und muss daher bei jeder empirischen Anwendung neu definiert werden (vgl. ebd., S. 92). Die Struktur wird dabei aus der Relation zwischen den Gütern und den Bedürfnissen aller Akteure konstituiert. Ein Akteur, der viele rare Güter in seinem *Basket* besitzt und gleichzeitig viele OOs für seine Bedürfnisse vorweisen kann, verfügt über besonders viel strukturelle Kraft. Diese strukturelle Kraft ist im Sinne einer Hebelwirkung in der Lage, gegebenenfalls vorhandene Defizite in der Ressourcen-Macht zu kompensieren (vgl. ebd., S. 84). Darüber hinaus ist der Umstand zentral, dass die Akteure in der Lage sind, die Struktur zu ihren Gunsten zu manipulieren. Diese Manipulation kann zum einen auf der Ebene der Ressourcen und zum anderen auf der Ebene der Relationen stattfinden. So kann versucht werden, die eigenen Güter aufzuwerten bzw. die der Konkurrenten abzuwerten, beispielsweise könnte durch die Installation eines Raketenschilds die Bedrohung durch feindliche Raketenangriffe reduziert werden und somit der Wert des Guts Raketen abnehmen (vgl. ebd., S. 85). Weiterhin können durch die Manipulation der Relationen der Akteure zueinander bewusst Bedürfnisse erzeugt werden. Beispielsweise entsteht erst dadurch, dass ein Akteur sich selbst als regionaler Hegemon wahrnimmt, bei anderen Akteuren in seinem Umfeld ein zusätzliches Sicherheitsbedürfnis (vgl. ebd., S. 86). Anhand dieses Strukturverständnisses wird deutlich, an welcher Stelle das Konzept der strukturellen Kraft das Konzept der strukturellen Macht erweitert. Strukturelle Macht bezeichnet die Fähigkeit die Struktur zu eigenen

Gunsten zu beeinflussen. Diese Fähigkeit resultiert dabei aus den dem Akteur zur Verfügung stehenden Ressourcen. Der Ansatz der strukturellen Kraft geht hierbei nun einen entscheidenden Schritt weiter und postuliert, dass die strukturelle Kraft nicht per se wirkt, sondern indirekt nach dem Prinzip der Hebelwirkung. Ein Akteur ist also nicht allein dadurch in der Lage, die Struktur zu beeinflussen, dass er über viele Ressourcen verfügt, sondern es ist die durch den spezifischen Kontext konstituierte Struktur, die die Ressourcen des jeweiligen Akteurs mit Kraft ausstattet. Die strukturelle Kraft ist also in der Lage die Machtressourcen eines Akteurs positiv oder negativ zu beeinflussen. Die strukturelle Kraft stellt somit keine eigene Art der Macht dar, sondern fungiert als Vehikel zur adäquaten und kohärenten Bestimmung der strukturellen Macht eines Akteurs in einem situationsabhängigen Kontext (vgl. ebd. S. 81 ff.).

Im Folgenden soll nun mit Hilfe des erläuterten Ansatzes der Versuch unternommen werden, zu erklären, wie es zum JCPOA kam. Der Fokus der Analyse liegt, wie bereits in der Einleitung erwähnt, auf den Akteuren USA und Iran. Als erstes werden die Bedürfnisse und Güter der USA vorgestellt.

3. Bedürfnisse und Güter der USA

Das übergeordnete Bedürfnis der USA war und ist es, zu verhindern, dass der Iran sich Atomwaffen aneignet (vgl. Thränert 2017, S. 150). Dieses Hauptbedürfnis speist sich aus vielen verschiedenen Sorgen, die die USA im Kontext einer potenziellen iranischen Atombombe hätten.

Eine zentrale Rolle spielen dabei Sicherheitsinteressen. So würde die ohnehin schon fragile Stabilität im Mittleren Osten durch den Erwerb einer Atomwaffe seitens Irans zusätzlich ins Wanken geraten. Die Nachbarstaaten Irans, insbesondere Saudi-Arabien, sähen sich durch eine iranische Bombe massiv bedroht, daher würden sie aller Wahrscheinlichkeit nach selbst versuchen, an Atomwaffen zu gelangen. Folglich würde ein Wettrüsten im Mittleren Osten beginnen. Eine solche Situation, in der es mehrere nuklear bewaffnete Staaten gäbe, wäre jedoch „dangerously unstable“ (Mandelbaum 2015, S. 21), weil jeder einzelne Staat im Falle eines Konfliktes nukleare Präventivschläge in Erwägung ziehen würde, um das feindliche Nukleararsenal zu vernichten und das eigene zu schützen. Neben den offensichtlich katastrophalen humanitären Folgen eines Atomkriegs im Mittleren Osten würde ein solcher Krieg der Weltwirtschaft zwangsläufig enormen Schaden zufügen, da die Ölversorgung zusammenbräche (vgl. Mandelbaum 2015, S. 21).

Zusätzlich zur Sorge vor einem Wettrüsten im Mittleren Osten befürchten die USA weiterhin, Iran könnte Atomwaffen oder Material für deren Bau an terroristische Gruppierungen wie Hisbollah weitergeben. In der Folge könnten solche Gruppierungen die USA oder deren Verbündete, allen voran Israel, mit wesentlich mehr Nachdruck bedrohen oder im schlimmsten Falle angreifen (vgl. Haass 2013, S. 62).

Darüber hinaus besteht die Sorge davor, die Glaubwürdigkeit des Atomwaffensperrvertrags könnte verloren gehen, da Iran nachweislich seit 2002 damit begonnen hatte, Uran anzureichern, obwohl er offiziell als Nichtkernwaffenstaat Teil dieses Vertrags ist (vgl. Thränert 2017, S. 151; vgl. Hunt 2017, S. 320). Somit wird aus einer Sicherheitsperspektive betrachtet ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen. Andere Staaten könnten das Gefühl bekommen,

Iran könne den Sperrvertrag verletzen, ohne sich in der Folge mit ernsthaften Konsequenzen konfrontiert zu sehen.

Das Bedürfnis, eine iranische Atombombe zu verhindern, kann hierbei im Sinne des Ansatzes der strukturellen Kraft als sehr relevant und dringend für die USA bezeichnet werden. So artikulieren zum einen Republikaner und Demokraten sowie weite Teile der Bevölkerung dieses Bedürfnis (vgl. Mandelbaum 2015, S. 19), wodurch es als besonders relevant anzusehen ist. Zum anderen wird dessen Dringlichkeit durch das Verhalten Irans massiv erhöht. So verdichtete sich seit der Entdeckung einer nicht deklarierten Nuklearanlage im Jahr 2002 der Verdacht, Iran könne diese Anlage nutzen, um waffenfähiges Uran und Plutonium anzureichern (vgl. Hunt 2017, S. 320). Dieser Verdacht erhärtete sich spätestens mit der Inbetriebnahme einer zusätzlichen Anlage im Jahr 2011, die die Anreicherungs-kapazität um das Dreifache steigerte (vgl. Hunt 2017, S. 321-322). Ein solches Maß an Urananreicherung übersteigt das Maß, das Iran für eine rein zivile Nutzung benötigt bei weitem, wodurch die Sorge, Iran könnte im Begriff sein, eine Atombombe zu bauen, verstärkt wurde (vgl. Bowen & Moran 2015, S. 687). Darüber hinaus kam die *Internationale Atomenergie-Organisation* (IAEO) in einem im November 2011 veröffentlichten Bericht zu dem Ergebnis, dass das iranische Atomprogramm „possible military dimensions“ (PMD) erreicht haben könnte (Litwak 2015, S. 63). Auf Grund dieser Entwicklungen erhöhte sich die Dringlichkeit des Bedürfnisses, Iran am Bau einer Atombombe zu hindern, deutlich.

Obwohl die US-Politik, sowie die US-Gesellschaft weitgehend in dem Bedürfnis nach Wahrung ihrer Sicherheitsinteressen übereinstimmen, gibt es keine Einigkeit darüber, wie dieses Bedürfnis am besten befriedigt werden könnte. Dies hängt insbesondere mit einigen spezifisch von der Obama-Administration artikulierten Bedürfnissen zusammen, die zum Zeitpunkt der Verhandlungen rund um den JCPOA geäußert wurden. So war es zum einen ein zentrales Anliegen von Obama, die militärische Präsenz im Mittleren Osten zu reduzieren (vgl. Thränert 2017, S. 150). Zum anderen wollte er der Weltgemeinschaft beweisen, dass die USA in der Lage seien, einer Krisensituation, in der ihre eigenen Sicherheitsinteressen auf dem Spiel standen, mit Hilfe von Diplomatie beizukommen. Dieses Bedürfnis erwuchs vor allem aus den Erfahrungen des Irakkriegs 2003. So scheiterte der Plan der George W. Bush-Administration den Irak durch den gewaltsamen Sturz von Saddam Hussein zu stabilisieren und zu demokratisieren (vgl. Khedery 2015, S.33). Stattdessen sorgte „the carnage in Iraq“ (Takeyh 2007, S. 24) dafür, dass sich „intense anti-Americanism“ (ebd.) im Mittleren Osten ausbreitete. Darüber hinaus rückten Iran und der Irak erstmals seit Beginn des ersten Golfkriegs 1980 wieder näher zusammen. Dies ist aus US-amerikanischer Sicht problematisch, da der Irak nun nicht mehr als Gegengewicht Irans auftritt (vgl. ebd. S. 20). Aus diesen beiden Gründen resultiert nun ein für die Obama-Administration spezifisches Bedürfnis nach einer friedlichen Lösung des Konflikts (vgl. Mandelbaum 2015, S. 24).

Die Relevanz dieses Bedürfnisses ist dabei im Verhältnis zu dem oben erläuterten Sicherheitsbedürfnis gering, da es nur von der Obama-Administration und weiten Teilen der Demokraten artikuliert wurde². Demgegenüber war die Dringlichkeit jedoch sehr hoch, da dessen Befriedigung folglich an die Amtszeit Obamas gebunden war, die zum Zeitpunkt der Verhandlungen bereits ihrem Ende entgegenging.

2 Für eine genauere Erläuterung des innenpolitischen Konflikts um den JCPOA in den USA siehe Hunt (2017).

Um ihre Bedürfnisse im Rahmen der Verhandlungen befriedigen zu können, standen den USA verschiedene Güter zur Verfügung, auf die im Folgenden eingegangen werden soll. Das am umfangreichsten eingesetzte Gut waren die durch die USA gegen Iran verhängten wirtschaftlichen Sanktionen (vgl. Thränert, 2017, S. 151). Diese können im Sinne der Theorie als materielles Gut bezeichnet werden, da sie direkt die Ressourcenversorgung Irans betreffen. Ihr Gewicht verdanken sie jedoch in erster Linie zwei positionellen Gütern, über die die USA verfügen. Zum einen ist hier die Mitgliedschaft in mehreren internationalen Organisationen und Regimen zu nennen, insbesondere die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen kann hierbei als wichtiges positionelles Gut der USA verstanden werden. Zum anderen sind die USA immer noch ein zentraler Handelspartner für viele Staaten. Aus diesen beiden Gründen haben durch die USA verhängte wirtschaftliche Sanktionen besonderes Gewicht, da sie andere Staaten dazu veranlassen, entweder ebenfalls Sanktionen zu verhängen oder ggf. verhängten Handelsverboten zumindest Folge zu leisten, um die Beziehung zu den USA nicht zu gefährden. Neben der Androhung, Sanktionen weiter zu verschärfen, kann natürlich auch die Lockerung von bereits verhängten Sanktionen als Gut fungieren.

Neben den wirtschaftlichen Sanktionen sind auch militärische Maßnahmen als materielles Gut aufzufassen. So hält Liam Hunt in seinem Abriss der Debatte um den Umgang mit Iran fest, dass ein Militärschlag gegen die Nuklearanlagen durchaus als eine „technically feasible and credible option“ (Hunt 2017, S. 321) angesehen wurde. Neben der Androhung bzw. der tatsächlichen Durchführung einer direkten militärischen Operation können auch Maßnahmen unterhalb der militärischen Schwelle als materielles Gut der USA verstanden werden. Das prominenteste Beispiel für einen solchen Sabotage-Akt stellte der 2010 entdeckte Computervorm „Stuxnet“ dar, der darauf abzielte, das iranische Atomprogramm zu stören (vgl. Thränert 2017, S. 154).

Bevor im weiteren Verlauf die Struktur erklärt wird, die letztlich zum Abschluss des JCPOA geführt hat, müssen zunächst auch die Bedürfnisse und Güter Irans beleuchtet werden.

4. Bedürfnisse und Güter Irans

Die Bedürfnisse Irans lassen sich grundsätzlich in eine wirtschaftliche und eine Sicherheitsdimension untergliedern.

Aus wirtschaftlicher Sicht steht dabei vor allem die Lockerung von Sanktionen im Mittelpunkt. Diese lösten eine schwere Inflation aus, die das tägliche Leben sehr mühsam für die iranischen Bürger machte. Daher war es ein zentrales Wahlversprechen des iranischen Präsidenten Hassan Rouhani, den Lebensstandard wieder anzuheben (vgl. Sherman 2018, S. 191, vgl. Dalton 2016, S. 355). Um dieses Ziel zu erreichen, musste er jedoch die gegen Iran verhängten Sanktionen, entweder kompensieren oder für ihre Aufhebung sorgen. Daher ist die Lockerung eben jener als zentrales Bedürfnis anzusehen. Dieses Bedürfnis ist dabei zum einen relevant, da nahezu die gesamte Bevölkerung unter den Sanktionen litt, jedoch auch zeitlich und inhaltlich dringend, weil Rouhani zum einen auf Grund seines Wahlversprechens in Zugzwang war und es zum anderen einen großen Unterschied zwischen dem maximal möglichen Lebensstandard und dem Status quo für die iranischen Bürger gab.

Als direkte Folge des Bedürfnisses nach Lockerung der Sanktionen kann das von Rouhani artikulierte Bedürfnis verstanden werden, die Beziehungen zum Westen zu verbessern (vgl. Sherman 2018, S. 191).

Neben diesen wirtschaftlich motivierten Bedürfnissen existieren auch auf Seiten Irans verschiedene Bedürfnisse, die sich aus einem übergeordneten Sicherheitsbedürfnis ableiten lassen. Hierbei spielt das von den iranischen Eliten empfundene Gefühl, Iran wäre von „anti-Muslim Western powers“ umgeben, die „obsessed with overthrowing the Islamic Republic“ seien, eine entscheidende Rolle (Sherman 2018, S. 188). Aus diesem Gefühl heraus erwächst das Bedürfnis diese feindlichen Staaten wirksam abzuschrecken (vgl. Hunt 2017, S. 334; Litwak 2015, S. 67). Dieses Bedürfnis kann am effizientesten befriedigt werden, wenn Iran entweder direkt über Atomwaffen oder die Möglichkeit, im Ernstfall schnell an Atomwaffen zu gelangen, verfügt. An dieser Stelle kommt das sogenannte *nuclear hedging* (Bowen & Moran 2015) ins Spiel. Wyn Bowen und Matthew Moran charakterisieren *hedging* hierbei als „nuclear latency with intent“ (ebd., S. 689). Mittels *nuclear hedging* versucht ein Staat möglichst kurzfristig in der Lage zu sein, Atomwaffen zu produzieren, ohne sich dabei mit allen negativen Konsequenzen eines vollentwickelten militärischen Atomprogramms konfrontiert zu sehen (vgl. ebd. S.695). Das iranische Atomprogramm kann als Paradebeispiel für *hedging* bezeichnet werden³. So besteht ein „significant gap (...) between Tehran’s stated civil rationale for the programme and the programme’s maturity“ (ebd. S. 689). Diese Lücke ist jedoch nicht so groß, dass unmittelbar mit einer militärischen Offensive zu rechnen ist, aber auch nicht so klein, dass das Atomprogramm kein Abschreckungspotenzial gegenüber den wahrgenommenen Feinden hätte. Für Teheran besteht also ein signifikantes Bedürfnis danach, diesen schmalen Grat auch in Zukunft weiter gehen zu können, da durch erfolgreiches *hedging* sowohl das Sicherheitsbedürfnis befriedigt werden kann als auch die wirtschaftlichen Bedürfnisse berücksichtigt werden.

Die Relevanz des Bedürfnisses nach erfolgreichem *hedging* ist erneut als sehr hoch zu bezeichnen, da die gesamte politische Elite Irans der Ansicht ist, dass eine wirksame Abschreckung gegenüber den wahrgenommenen Feinden vorhanden sein muss. Die Dringlichkeit erhöht sich dadurch, dass durch das gestiegene Leistungspotenzial des Atomprogramms die Wahrscheinlichkeit für einen feindlichen Präventivschlag gestiegen ist und gleichzeitig internationale Sanktionen massiv angezogen wurden. So formulierte zum Beispiel Israel bereits 2012 eine rote Linie,⁴ die von Iran nicht überschritten werden dürfe, andernfalls sähe sich Israel gezwungen sein eigenes militärisches Nuklearprogramm auszubauen (vgl. ebd. S. 703). Somit ist die Balance zwischen geringer nuklearer Latenzzeit und geringen negativen Konsequenzen einer solchen Latenz ins Wanken geraten (vgl. ebd. S. 695). Aufgrund der möglicherweise fatalen Folgen eines solchen Ungleichgewichts ist das Bedürfnis, zu einem Gleichgewicht zurückzukehren, aus einer zeitlichen Perspektive als sehr dringend anzusehen.

3 Die Tatsache, dass Teheran seit Beginn der Verhandlungen auf eine Anreicherung im Inland beharrte, kann als Beweis dafür angesehen werden, dass *hedging* einen zentralen Grund für Teherans Nuklearbestrebungen darstellte. So wurde das Angebot, in Russland angereichertes Material zu importieren und dieses in Iran für zivile Zwecke zu nutzen, ausgeschlagen (vgl. Akbulut & Gärtner 2016). Darüber hinaus liegt der Fokus des iranischen Atomprogramms auf der Anreicherung von Uran, dieses wird für zivile Zwecke jedoch nicht in hohen Anreicherungsstufen benötigt (vgl. Litwak 2015, S. 68).

4 Diese rote Linie bestand darin, dass Iran nicht im Besitz von mehr als 240 Kilogramm Uran auf einem Anreicherungsstadium von 20% sein dürfe. Diese Menge an hoch angereichertem Uran entspricht der Menge die nötig wäre, um eine Atombombe zu produzieren (vgl. Bowen & Moran 2015, S. 695)

Um diese Bedürfnisse während der Verhandlungen rund um den JCPOA möglichst umfangreich befriedigen zu können, stehen auch Iran eine Reihe von Gütern zur Verfügung. Das evidenteste Gut über das Iran verfügt, ist das Potenzial zur nuklearen Auf- bzw. Abrüstung. Hiermit kann Iran direkt auf das Sicherheitsbedürfnis der USA reagieren. Im Sinne der strukturellen Kraft würde dieses Potenzial als materielles Gut bezeichnet werden. Dadurch, dass Iran über einen direkten Zugang zur Straße von Hormus verfügt und Schiffe, die diese Meerenge passieren wollen, ggf. (versehentlich) iranische Hoheitsgewässer durchfahren, befindet sich zudem ein starkes positionelles Gut im *Basket* von Iran. So kann Teheran damit drohen, die Straße von Hormus zu blockieren, was weitreichende Folgen für die weltweite Ölversorgung hätte (vgl. Akbulut & Gärtner 2016, S. 173).

Zudem ist die reine Bereitschaft Irans zu Verhandlungen über ein mögliches Nuklearabkommen bereits als ideelles Gut anzusehen, da ohne diese Bereitschaft Obama keine Möglichkeit gehabt hätte, sein Bedürfnis nach einer diplomatischen Lösung des Konflikts zu befriedigen. Diese Bereitschaft und dementsprechend dieses zusätzliche ideelle Gut existiert jedoch erst seit der Wahl Rouhanis zum Präsidenten Irans, da der vorherige Präsident Mahmud Ahmadineschad Verhandlungen durch seine „anti-israelischen Hasstiraden“ für die USA unmöglich gemacht hatte (Thränert 2017, S. 155).

Das Zusammenspiel der beschriebenen Güter und Bedürfnisse konstituiert eine Struktur, die im Folgenden im Hinblick auf das Zustandekommen des JCPOA analysiert wird.

5. Der JCPOA als Resultat der Struktur und ihrer Manipulation

Die Grundvoraussetzung, die Verhandlungen um ein Atomabkommen erst ermöglichten, war die von der Obama-Administration signalisierte Bereitschaft der USA ein iranisches Atomprogramm anzuerkennen, sollte es nachweislich der reinen zivilen Nutzung dienen (vgl. Sherman 2018, S. 191; vgl. Akbulut & Gärtner 2016, S. 169). Diese Veränderung der Politik gegenüber Iran kann der Terminologie des Ansatzes der strukturellen Kraft folgend als *Policy Adjustment* bezeichnet werden⁵. Der Grund für dieses *Policy Adjustment* ist die Erkenntnis der USA, dass es auf diplomatischem Wege keine Möglichkeit gab, Iran zu einer vollständigen Aufgabe seines Atomprogramms zu bewegen. Die Gründe, die zu dieser Erkenntnis geführt haben, sind dabei vielfältig, lassen sich jedoch mithilfe der Bedürfnis- und Güterstruktur sowie mit auf Seiten Irans vorhandenen *Outside Options* nachvollziehen.

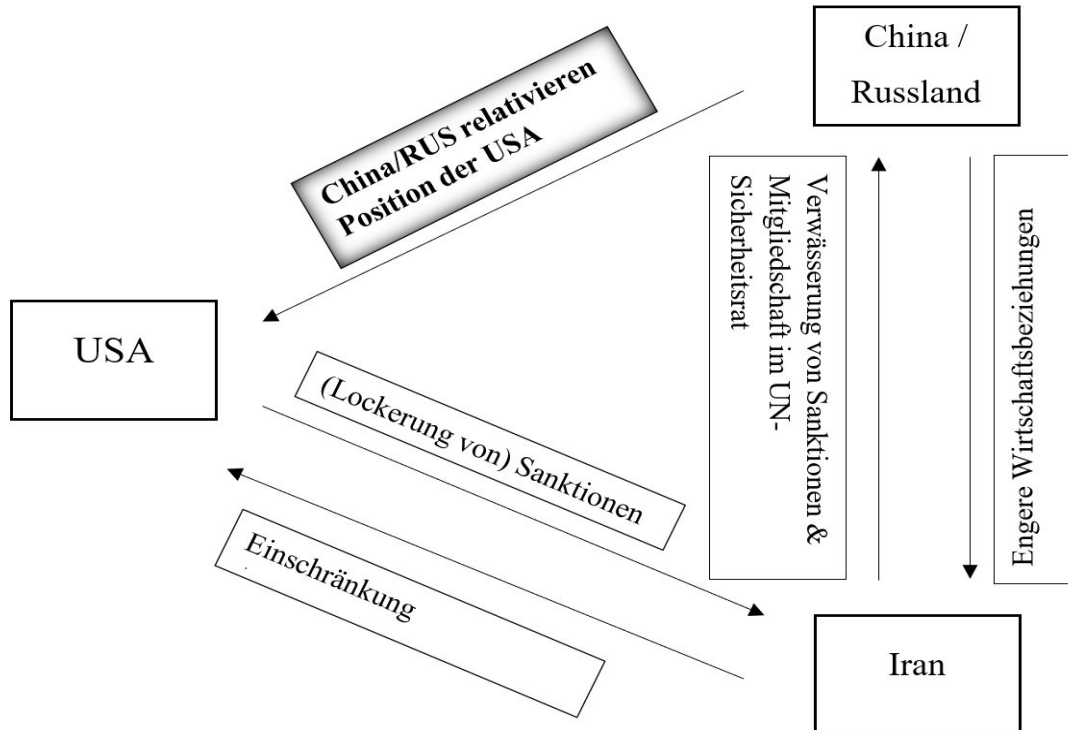
Nach der Entdeckung der nicht-deklarierten Nuklearanlage im Jahr 2002 war der Modus Operandi der USA, Iran durch immer schärfere Sanktionen zur kompletten Aufgabe seines Atomprogramms zu zwingen. Diese Sanktionen schädeten zwar massiv der iranischen Wirtschaft, verhinderten jedoch nicht, dass Iran weiterhin nukleares Material anreicherte. Im Gegenteil erhöhte sich die Anreicherungs Kapazität stetig (vgl. Sherman 2018, S. 189). Zudem sorgten die Sanktionen dafür, dass Iran sich genötigt sah, engere Beziehungen zu Russland und China aufzubauen. China ist dabei vor allem an den großen Vorkommen fossiler Energieträger im Iran interessiert und bereit, iranisches Öl und Gas in großen Mengen abzunehmen sowie die benötigte Infrastruktur für deren Förderung zu finanzieren (vgl. Vakil 2006, S.54).

5 An anderer Stelle wird in diesem Kontext auch von einem *Game-Changer* gesprochen (vgl. Akbulut & Gärtner 2017, S. 170).

Das russische Kalkül einer Kooperation mit Iran besteht demgegenüber aus geopolitischen Überlegungen. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist Iran aus russischer Sicht das einzige Land mit Zugang zum kaspischen Meer, das sich nicht den USA oder der NATO zugewendet hat. Daher ist es von russischem Interesse Iran mit Infrastrukturprojekten sowie der Lieferung von Militärtechnologie zu unterstützen, um zu verhindern, dass die USA und die NATO auch dort an Einfluss gewinnen (vgl. ebd. S. 57). Durch diese verbesserten Beziehungen konnte Teheran zum einen die von den USA gegen sie verhängten wirtschaftlichen Sanktionen in Teilen verwässern, zum anderen sind Russland und China beide als ständige Mitglieder im UN-Sicherheitsrat vertreten. Somit gewann Iran durch diese Annäherung zwei ihm wohlgesonnene Mitglieder im Sicherheitsrat (und anderen internationalen Foren), die dazu in der Lage waren, die von den USA forcierten Anstrengungen gegen Iran zu untergraben (vgl. Bowen & Moran 2015, S. 693). Beispielsweise unterstützten sowohl Russland als auch China die iranische Forderung, Einschränkungen, die das iranische Raketenprogramm betrafen, in zukünftigen UN-Resolutionen nicht fortzuschreiben (vgl. Akbulut & Gärtner 2016, S. 175).

Russland und China stellen also zwei *Outside Options* für die von den USA angebotenen Güter dar. Somit konnte nicht nur die Rarität des zentralen materiellen Guts über das die USA verfügen – die Sanktionen – abgewertet werden, sondern auch ihr wichtigstes positionelles Gut, da nun die Möglichkeit bestand, in internationalen Foren von den USA angeregte Bestrebungen gegen Iran mit der Hilfe von Russland und China zu unterminieren. Daher verloren die USA massiv an struktureller Kraft gegenüber Iran (siehe folgendes Schaubild 1).

Schaubild 1: Relativierung der US-Position durch Chinas und Russlands als Outside Option



Quelle: Eigene Darstellung nach: Pustovitokij 2016, S. 74

Neben Sanktionen wurde auch die Möglichkeit eines Militärschlags debattiert. Für Obama war eine solche Option zwar nicht vollkommen ausgeschlossen, er stellte jedoch klar, dass er „einen Waffengang gegen Iran nur als letzte Möglichkeit ansah“ (Thränert 2017, S. 154). Diese klare Positionierung lässt sich zum einen auf die unkalkulierbaren Folgen eines Militärschlags zurückführen. So könnten Militärschläge zwar kurzfristig dafür sorgen, dass das iranische Atomprogramm verzögert wird, allerdings würden sie nicht dafür sorgen, dass Iran plötzlich vergäße, wie man Bomben baut. Gleichzeitig würde ein Militärschlag Teheran jedoch eine perfekte Begründung liefern, warum sie ihre Bemühungen eine Atomwaffe zu produzieren beschleunigen sollten (vgl. Sherman 2018, S. 189; vgl. Akbulut & Gärtner 2016, S.177).

Neben diesen eher pragmatischen Gründen, warum eine militärische Operation trotz der enormen Überlegenheit des US-Militärs von Obama nicht in Erwägung gezogen wurde, ist vor allem Obamas Bedürfnis nach einer friedlichen Lösung des Konflikts zentral für diese Entscheidung gewesen. Daher sorgt auch die militärische Überlegenheit der USA nicht dafür, dass sich ihre strukturelle Kraft gegenüber Iran signifikant gesteigert hätte. Aufgrund dieser Umstände sah sich Obama genötigt, das Bedürfnis den Iran vom Bau einer Atombombe abzuhalten dahingehend anzupassen, dass es nun nicht mehr darin bestand, das iranische Atomprogramm vollständig zu verhindern, sondern es nachweislich und effektiv auf eine rein zivile Nutzung zu beschränken. Konkret wollte Obama die sogenannte Ausbruchszeit Irans, also die Zeit, die Iran benötigen würde, um eine einsatzfähige Atomwaffe herzustellen, auf mindestens ein Jahr verlängern (vgl. Thränert 2017, S. 150).

Dieses angepasste Sicherheitsbedürfnis und das Bedürfnis nach einer diplomatischen Lösung ließen sich allerdings nur über den Abschluss eines Vertrags verwirklichen. Innerhalb der Verhandlungen besaßen die USA aufgrund der oben beschriebenen Umstände jedoch gegenüber Iran verhältnismäßig wenig strukturelle Kraft, obwohl sie aus einer reinen Ressourcenperspektive heraus betrachtet über deutlich mehr Macht verfügen als Iran.

Demgegenüber befand sich Iran in einer erheblich stärkeren Position. Nicht nur können *Outside Options* für die von den USA angebotenen Güter (Lockerung von Sanktionen) vorgewiesen werden, sondern auch die Iran eigenen Güter sind gleichzeitig als besonders *exklusiv* anzusehen. Zentral ist hierbei die Tatsache, dass letztlich nur Iran in der Lage ist, die Bedürfnisse der USA zu befriedigen. Während Teheran auch auf *Outside Options* zurückgreifen kann, gibt es diese Möglichkeit für Washington nicht. Erstens konnte nur Teheran Obamas Bedürfnis nach einer friedlichen und diplomatischen Lösung des Konflikts befriedigen, wovon Iran in Bezug auf seine strukturelle Kraft profitierte. So kann Iran seine bloße Bereitschaft zu Verhandlungen als ideelles Gut anbieten und damit drohen, die Verhandlungen abzubrechen, wenn nicht in ausreichendem Maße auf seine Bedürfnisse eingegangen wird. Zweitens verfügt Iran mit seinem Zugang zur Straße von Hormus über ein exklusives positionelles Gut, das besonders im Falle eines militärischen Konfliktes zum Tragen käme, da der Ölhandel massiv betroffen wäre, sollte Iran die Straße für Frachtschiffe unpassierbar machen. In Kombination mit dem Bedürfnis nach einer friedlichen Lösung des Konflikts seitens Washington, sorgt dieses Gut dafür, dass Iran sich relativ sicher sein konnte, dass nicht mit einer militärischen Offensive durch die USA zu rechnen war. Aufgrund dieser Tatsache kann Iran die Dringlichkeit für das durch Washington artikulierte Sicherheitsbedürfnis erhöhen,

indem mit Hilfe des Ausbaus seines Atomprogramms die wahrgenommene Bedrohung erhöht wird, ohne dabei eine direkte militärische Antwort fürchten zu müssen.

Bedingt durch diese Vorteile und der aus ihnen resultierenden höheren *strukturellen Kraft* war Teheran letztlich in der Lage einen Vertrag auszuhandeln, der sowohl die wirtschaftlichen als auch die Sicherheitsbedürfnisse Irans befriedigte. So wurde mit Abschluss des Vertrags eine starke Lockerung der Sanktionen erwirkt und gleichzeitig ein ziviles Atomprogramm genehmigt. Mit diesem zivilen Atomprogramm,

„ [they will] retain a low level of latency and the technical knowhow to advance at speed if necessary. Furthermore, in accepting limited rollback and an enrichment capability, the international community has implicitly recognized and legitimized Iranian hedging “(Bowen & Moran, 2015, S. 694).

Aus Sicht Irans ist das JCPOA-Agreement also ein voller Erfolg, da beide zentralen Bedürfnisse befriedigt werden. Für die USA stellt der Vertrag in erster Linie eine Befriedigung von Obamas Bedürfnis nach einer diplomatischen Lösung dar. Gleichzeitig wurden ihre Sicherheitsinteressen jedoch nur marginal bzw. zeitlich limitiert befriedigt (vgl. Hunt 2017, S. 336). Der JCPOA blockierte zwar grundsätzlich die Möglichkeit Irans, unentdeckt eine Atomwaffe zu bauen und er verlängerte auch die damit verbundene Ausbruchszeit enorm (vgl. Dalton 2016, S. 352; vgl. Akbulut & Gärtner 2016, S. 170), versäumt es jedoch auch, andere von Iran ausgehende Sicherheitsbedenken der USA zu verringern. Insbesondere das weiterhin betriebene Raketenprogramm ist Anlass für heftige Kritik an der Wirksamkeit des JCPOA⁶.

6. Fazit

Wie gezeigt werden konnte, ist der JCPOA das Ergebnis eines langwierigen Verhandlungsprozesses, bei dem Iran entscheidend von seiner strukturellen Kraft gegenüber den USA profitieren konnte. In diesem Kontext lässt sich die in der Einleitung formulierte Hypothese, dass ein durch die Obama-Administration artikuliertes Bedürfnis nach einer diplomatischen Lösung des Konflikts maßgeblichen Einfluss auf die Verhandlungen gehabt hat, als verifiziert ansehen. Dieser Einfluss besteht hierbei darin, dass aufgrund dieses Bedürfnisses zum einen aus Sicht der USA die Dringlichkeit gestiegen ist, einen Vertrag abzuschließen, zum anderen aber ihre strukturelle Kraft gegenüber Iran gesunken ist.

Dieser strukturelle Nachteil war der entscheidende Faktor dafür, dass sich die USA zu einem *Policy Adjustment* in ihrer Politik Iran gegenüber gezwungen sahen. So änderten sie ihre Forderung von „no nuclear enrichment to no nuclear bomb“ (Mousavian & Mousavian 2018, S. 169), was letztlich den JCPOA ermöglichte.

Die Analyse anhand der Theorie der strukturellen Kraft hat sich im Verlauf der Arbeit als sehr ergiebig erwiesen. Dank ihres Strukturverständnisses war es möglich, eine plausible Erklärung dafür zu liefern, wieso die USA Iran im Konflikt um dessen Atomprogramm unterle-

6 An dieser Stelle soll keine Wertung der Wirksamkeit des Vertrags in Bezug auf das Bedürfnis Iran vom Bau einer Atomwaffe abzuhalten und somit den Mittleren Osten zu stabilisieren, vorgenommen werden. Angemerkt sei jedoch, dass die Wirksamkeit in der US-Öffentlichkeit und Politikwissenschaft sehr umstritten ist. Siehe hierzu unter anderem: Mandelbaum 2015 oder Cohen et al. 2016.

gen waren, obwohl sie über deutlich mehr Ressourcen verfügten. Da internationale Konflikte in unserer globalisierten Welt auch in Zukunft immer in eine interdependente Struktur eingebettet sein werden, sollte die Forschung in den Internationalen Beziehungen ihren Fokus stärker auf die Analyse dieser Strukturen legen, um schlüssige Erklärungen liefern zu können. Daher sollten auch zukünftige Arbeiten zum JCPOA und dem Konflikt um das iranische Atomprogramm eine Strukturanalyse beinhalten. Darüber hinaus würde eine Analyse der innenpolitischen Verhältnisse der beiden Akteure, eine fruchtbare Ergänzung darstellen. Ein interessanter Forschungsansatz wäre es, der Frage nachzugehen, wieso der JCPOA unter Trumps „America first“-Politik keine Zukunft haben konnte. Dabei sollte nicht nur auf die sich massiv veränderte Ideologie der US-amerikanischen Außenpolitik eingegangen werden, sondern auch auf die Tatsache, dass Iran durch die Lockerung der nuklear bezogenen Sanktionen zu einem zusätzlichen Konkurrenten am Ölmarkt geworden ist (vgl. Dalton 2016, S. 358).

Mit dem Rückzug aus dem JCPOA hat Trump die USA in eine schwierige Situation manövriert, da er das mühsam aufgebaute Vertrauen, das den USA sowohl von Seiten Irans als auch von Seiten Verbündeter entgegengebracht wurde, verspielt hat. Zudem hat sich die strukturelle Position, in der sich die USA gegenüber Iran befinden, kaum verändert, da auch für Trump ein Militäreinsatz aufgrund seiner Wahlversprechen kaum tragbar ist. Daher ist es fraglich, wie Trump in Zukunft der Spagat zwischen seinen Wahlversprechen und der Wahrung der US-amerikanischen Sicherheitsinteressen gelingen will, da sein bisheriges Verhalten die Lage im Mittleren Osten lediglich erneut destabilisiert hat.

Literatur

- Akbulut, Hakan; Gärtner, Heinz, *Ein diplomatisches Meisterstück: Obama, der Iran und das Nuklearabkommen von Wien*, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Jg. 10; H. S2, 2017, S. 165-180.
- Bowen, Wyn; Moran, Matthew, *Living with nuclear hedging: the implications of Iran's nuclear strategy*, in: International Affairs, 91 (4), 2015, S. 687-707.
- Cohen, Elliot; Edelmann, Eric; Takeyh, Ray, *Time to Get Tough on Tehran – Iran Policy After the Deal*, in: Foreign Affairs, 95 (1), 2016, S. 64-75.
- Dalton, Sir Richard, *THE IRAN NUCLEAR NEGOTIATIONS: ONE YEAR ON*, in: Asian Affairs, 47(3), 2016, S. 351-365.
- Da Vinha, Louis, *Competition, Conflict and Conformity: Foreign Policy Making in the First Year of the Trump Presidency*, in: Presidential Studies Quarterly, Vol. 49, 2019, S. 280-309.
- Gu, Xuewu, *Theorien der Internationalen Beziehungen*, 3. Auflage, Oldenbourg, De Gruyter, 2018.
- Gu, Xuewu, *Strukturelle Macht: Eine dritte Machtquelle?*, in: Österreichische Zeitung für Politikwissenschaft (ÖZP), Jg. 41, H. 3, 2012, S. 259-276.
- Haass, Richard N., *The Irony of American Strategy – Putting the Middle East in Proper Perspective*, in: Foreign Affairs, 92 (3), 2013, S. 57-67.
- Hunt, Liam, *The anchor of the system: The Iran deal and the decline of realism in US foreign policy*, in: International Journal, Vol. 73(3), 2017, S. 318-337.
- Khedery, Ali, *Iraq in Pieces – Breaking up to stay together*, in: Foreign Affairs, 94 (6), 2015, S. 33-41.
- Litwak, Robert, *Iran's Nuclear Chess: After the Deal*, Washington DC, Wilson Center, 2015
- Mandelbaum, Michael, *How to Prevent an Iranian Bomb – The Case for Deterrence*, in: Foreign Affairs, 94 (6), 2015, S. 19-24.
- Mousavian, Seyed Hossein; Mousavian Mohammad Mehdi, *Building on the Iran Nuclear Deal for International Peace and Security*, in: Journal for Peace and Nuclear Disarmament, 1:1, 2018, S. 169-192.
- Pustovitovskij, Andrej, *Strukturelle Kraft in Internationalen Beziehungen – Ein Konzept der Macht in internationalen Verhandlungen*, Wiesbaden, Springer VS, 2016
- Sherman, Wendy R., *How We Got the Iran Deal – And Why We'll Miss It*, in: Foreign Affairs, 97 (5), 2018, S. 186-198.
- Strange, Susan, *States and Markets*, London, Pinter Publishers, 1988.
- Takeyh, Ray, *Time for Détente With Iran*, in: Foreign Affairs, 86 (2), 2007, S. 17-33.
- Thränert, Oliver, *Ein historischer Durchbruch? Obama und das Atomabkommen mit dem Iran*, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Jg. 10, H. 2, 2017, S. 149-164.
- Vakil, Sanam, *Iran: Balancing East against West*, in: The Washington Quarterly, Volume 29, Number 4, Autumn 2006, S. 51-65.
- Waltz, Kenneth N.: *Theory of International Politics*, Long Grove (IL), Waveland Press, Inc, 2010.
- Weber, Max, *Wirtschaft und Gesellschaft – Grundriss der verstehenden Soziologie*, 5. Auflage, Hsrg: Winckelmann, Johannes, Tübingen, 1972.